



Mitteilungen

Basel-Landschaft

Im dritten Anlauf erfolgreich: Höhere Entschädigungen für die Mitglieder des Landrates

In der letzten Nummer berichteten wir ausführlich über die vorgesehene Anpassung der Entschädigungen der Mitglieder des Landrates des Kantons Basel-Landschaft. Das Landratsbüro hatte dem Plenum beantragt, die Sitzungsgelder von 28 auf 45 Franken pro Stunde und den sog. Grundbetrag, das Fixum, von 3500 auf 4000 Franken pro Jahr zu erhöhen.

In der Landratssitzung vom 23. März 2000 stimmte die große Mehrheit des Baselbieter Kantonsparlamentes diesem Antrag zu. Zur nicht geringen Überraschung mancher wurde in der Folge vom fakultativen Finanzreferendum (1500 Unterschriften) kein Gebrauch gemacht, so dass die neue Entschädigungsregelung am 1. Juli 2000 in Kraft treten konnte.

Die beschlossene Änderung verursacht der Staatskasse einen Mehraufwand von rund 300'000 Franken pro Jahr. Die 90 Landratsmitglieder werden künftig einen durchschnittlichen "Brutto-Jahreslohn" von 10'000 bis 11'000 Franken erreichen (bisher 7'000 bis 8'000 Franken).

Walter Mundschin

Winterthur

Stand der Parlamentsreform

Zwischenbericht vom 28. März 2000

Die Parlamentsreformkommission des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur hat im März 1999 ihre Arbeit aufgenommen und nach einem Jahr Tätigkeit am 28. März 2000 zuhanden des Parlamentes einen Zwischenbericht verabschiedet. Mit diesem 35-seitigen, mit Tabellen und Schemas aufgelockerten Zwischenbericht schlägt die Reformkommission ein Konzept vor, welches dem Parlament in politisch relevanten Bereichen wirkungsvolle Einflussmöglichkeiten sichern soll, es aber dort entlastet, wo es durch externe Rahmenbedingungen wenig zu sagen hat und auch keine Verantwortung trägt. Das Parlament soll dort direkt steuernd eingreifen, wo tatsächlicher gestalterischer Entscheidungsspielraum besteht. Über Bereiche der Verwaltungstätigkeit hingegen, bei denen aus verschiedenen Gründen ein geringer Gestaltungsspielraum vorhanden ist, soll es nur soweit informiert werden, dass es in eigener politischer Verantwortung entscheiden kann, wie weit es in den Kompetenzbereich von Stadtrat und Verwaltung indirekt steuernd einwirken will. Das heisst mit anderen Worten: Wenn das Parlament einen Gegenstand, der eigentlich dem "operativen" Bereich zuzuordnen wäre, als politisch relevant erachtet, so hat es auch die Möglichkeit, über diesen Gegenstand zu debattieren und in gewissem Ausmass zu bestimmen. Gerade auf Gemeindeebene hat dieses Einflussrecht eine grosse Bedeutung.

Mit dem Zwischenbericht werden in diesem Sinn erste Vorschläge

für direkte und indirekte Steuerungsinstrumente gemacht. Die direkte kurzfristige Steuerung mittels Voranschlag soll weder institutionell noch funktional gesehen über die ganze Stadtverwaltung hinweg auf der gleichen Gliederungsebene erfolgen, sondern in den verschiedenen Bereichen und Einheiten individuell pro Legislaturperiode festgelegt werden. Geschaffen werden soll auch ein Auftrag, welcher die Planung und das Budget betreffen kann. Im Bereich der Planung und der Leistungsebene des Budgets soll der Auftrag lediglich Richtliniencharakter haben. Was dies genau bedeutet, wird im Bericht detailliert erklärt. Bezüglich mittelfristiger Steuerung ist ein integrierter Aufgaben- und Finanzplan für die Legislaturperiode vorgesehen. Ergänzt wird dieses Instrumentarium durch einen Planungsbeschluss. Mit diesem Planungsbeschluss erhält das Parlament die Kompetenz, im entsprechenden Politikbereich einen "Mini-Legislaturplan" zu beschliessen und den vom Stadtrat erlassenen Legislaturschwerpunkten als Anhang beizufügen. Der Planungsbeschluss soll nur während der Hängigkeit der Legislaturplanung im Parlament beantragt werden können. Der Wortlaut der neuen Vorstossarten und der neuen Instrumente sowie die Erläuterungen dazu sind aus dem Zwischenbericht ersichtlich.

Dr. Peter Saile

Thun

New Public Management:

Gemeinderat fällt Vorentscheid zur flächendeckenden Umsetzung – Moderne Verwaltung Thun (MVT) löst grundlegende Veränderungen in den politischen Abläufen aus



Wenn Anfang 2003 in Thun die neue Legislatur beginnt, wird sich nicht nur die Gemeinderatsstruktur verändert präsentieren (Reduktion von sieben auf fünf Mitglieder). Gleichzeitig wird, falls alles nach Plan läuft, eine neue Stadtverfassung gelten und die Moderne Verwaltung Thun (MVT) in der ganzen Verwaltung eingeführt sein. MVT löst zudem grundlegende Veränderungen in den politischen Abläufen aus. Die rechtlichen Grundlagen dazu enthält ein Spezialreglement, das am 1. Juni in Kraft getreten ist. Unter anderem werden die Geschäftsprüfungs- und Aufsichtskommission zusammengelegt sowie neue parlamentarische Instrumente eingeführt.

Flächendeckende Umsetzung von New Public Management wird in Thun Realität

Seit dem 1. Januar 1998 stellt die Stadtverwaltung abteilungs- und direktionsweise auf MVT um. Die Prinzipien des New Public Management werden in Thun pragmatisch und sukzessive erprobt und eingeführt.

Im März 2000 hat der Gemeinderat grünes Licht für die flächendeckende Umsetzung von MVT gegeben: Mit einer zeitlichen Staffelung über zwei Jahre soll die Umstellung der gesamten Stadtverwaltung auf MVT zeitgleich mit der Inkraftsetzung der neuen Stadtverfassung per 1.1.2003 vollzogen werden.

Der "point of no return" ist damit wohl mindestens in dem Sinne erreicht, als ein Umdenken in Behörden und Verwaltung stattfindet, das auf jeden Fall die künftige Ausgestaltung und Handhabung der öffentlichen Verwaltung beeinflussen wird, selbst wenn – aus was für

Gründen auch immer – das New Public Management nicht genau so umgesetzt werden sollte, wie es ursprünglich von seinen Pionieren idealtypisch dargestellt worden ist.

Die einzelnen Schritte des Umstellungsprozesses lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1998 Start mit den drei Pilotprojekten Stadtgärtnerei, Stadtpolizei und Sozialdienste.
- 2000 Erweiterung auf Liegenschaftsverwaltung, ganze Baudirektion, gesamte Direktion Sozialdienste sowie Dienststelle Zivilschutz.
- 2001 Einbezug der gesamten Direktion Bildung, Sport, Kultur (BISK).
- 2002 Ausweitung auf weitere Abteilungen der Präsidialdirektion, Informatik und Organisation, Einwohneramt sowie ganze Direktion WHU.
- 2003 Vollständige Einführung von MVT: Projektabschluss mit Finanzinspektorat, Personalamt und Finanzverwaltung.

Einführung des WVR-Reglements

Nachdem bisher die Verwaltungsebene im Zentrum der Reformdiskussion stand, wird der Prozess nun auf die politische Ebene ausgedehnt. Seit Mai 1999 ist eine stadträtliche Spezialkommission daran, die bisherige Gemeindeordnung unter dem neuen Titel "Stadtverfassung" zu revidieren und gleichzeitig den Einbezug von MVT-Elementen zu berücksichtigen. Dabei stellt sich die Frage nach der künftigen Rolle des Parlamentes und dessen Verhältnis

zum Gemeinderat und zu MVT.

An seiner Sitzung vom 31. März 2000 hat der Stadtrat versuchsweise für 2 1/2 Jahre das "Reglement über die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung in der Stadt Thun (WVR)" verabschiedet. Auf dieser rechtlichen Grundlage können nun frühzeitig weitere Versuche gestartet und ausgewertet werden. Neben einer Umschreibung der wichtigsten Begriffe wie Globalbudget, Produktgruppe und Produkt werden im WVR auch die Zuständigkeiten im Bereich der politischen und finanziellen Planung neu definiert (Grundsatz: Stadtrat und Gemeinderat unterstützen sich insbesondere bei der mittelfristigen Planung und der jährlichen Budgetierung).

Neue Steuerungsinstrumente auf politischer Ebene

Neu geregelt wurde ebenfalls der Bereich der stadträtlichen Kommissionen. Aufsichtskommission und Geschäftsprüfungskommission werden zur Kontroll- und Planungskommission (KPK) vereint. Gleichzeitig werden sechs weitere ständige Sachkommissionen gebildet. Damit wird die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Stadtrats in einer Ständigen Kommission mitarbeiten können.

Die parlamentarischen Instrumente des Stadtrates werden erweitert und gleichzeitig auf die speziellen Belange von MVT zugeschnitten. So werden neu die Fragestunde, die parlamentarische Erklärung und die parlamentarische Initiative eingeführt. Postulat und Motion werden zu Anregung bzw. Motion.

Christian Meier